

INHALT

1. CDU-Fraktion fordert Residenzpflicht für Mitglieder der Landesregierung
2. CDU fordert Zustimmung der Landesregierung zum Integrationsgesetz im Bundesrat
3. Landeskabinett bringt 100-Euro-Gutschein für KiTa-Eltern auf den Weg
4. Weiterhin lange Wartezeiten bei Beihilfebearbeitung
5. Landesrechnungshof legt Bemerkungen zum Landeshaushalt vor
6. CDU-Fraktion fordert schnelleren Glasfaserausbau
7. CDU Kulturempfang im Ostholstein-Museum in Eutin

27.05.2016

CDU-Fraktion fordert Residenzpflicht für Mitglieder der Landesregierung Wer Schleswig-Holstein regiert, soll auch dort wohnen



Fraktionsvorsitzender Daniel Günther

Wer als Minister ein Land regiert, der soll auch dort wohnen. Das fordert die CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Der Grund: Drei Minister im Albig-Kabinett haben immer noch ihren ersten Wohnsitz in Hamburg. Ausgerechnet dort sieht sogar die Verfassung für Kabinettsmitglieder eine Residenzpflicht vor. Einen diesem Beispiel folgenden Antrag für die kommende Landtagssitzung hat die CDU am Freitag gestellt.

Es sei ohnehin befremdlich gewesen, dass Ministerpräsident Albig Schleswig-Holstein zwar als sein Lieblingsland bezeichne, jedoch fast die Hälfte seiner Kabinettsmitglieder aus Hamburg berufen habe, begründete der CDU-Fraktionsvorsitzende Daniel Günther den Antrag. Bis heute

sei es Albig nicht gelungen, sie nach ihrem Amtsantritt zu einem Umzug nach Schleswig-Holstein zu bewegen.

„Eigentlich geht es um eine Selbstverständlichkeit. Wenn jedoch drei von vier SPD-Kabinettsmitgliedern bis heute ihren Lebensmittelpunkt in Hamburg haben, dann muss der Landtag für die Zukunft ein Zeichen setzen. Ein Ministeramt ist eben mehr als irgendein Arbeitsplatz, zu dem man pendelt. Das ist eine Frage der Überzeugung.“

Jeder merke, dass den betroffenen Ministern das Herzblut für die Landesthemen fehle. Als Beispiele nannte er unter anderem das Gastschulabkommen und die Heimaufsicht. Minister Meyer werbe für den echten Norden, wolle aber selbst nicht dort leben.

Wichtig sei zu betonen, dass mit der Regelung trotzdem die Möglichkeit bestehe, über die Grenzen Schleswig-Holsteins zu schauen. Das Mindeste sei aber, dass dieser Regierung Personen angehören, die nach Amtsantritt nach Schleswig-Holstein ziehen. „Was von Bürgermeistern selbstverständlich erwartet wird, ist auch von Landesministern nicht zu viel verlangt“, so Günther.

CDU fordert Zustimmung der Landesregierung zum Integrationsgesetz im Bundesrat Günther: Ministerpräsident muss endlich einmal Vertragstreue beweisen

Die CDU-Fraktion hat das Abstimmungsverhalten der Landesregierung im Bundesrat zum Integrationsgesetz, das in dieser Woche durch das Bundeskabinett verabschiedet wurde, auf die Tagesordnung der kommenden Landtagsitzung gesetzt. Der Grund: weder in der Frage der Wohnortzuweisung, als auch bei der Einstufung als sichere Herkunftsländer für die Maghreb-Staaten hat sich Ministerpräsident Torsten Albig bislang festgelegt.

Beides war auf Bundesebene zwischen CDU/CSU und SPD und auch mit den Ministerpräsidenten vereinbart worden. Die Grünen im Land leisteten allerdings Widerstand. Zunächst hatte Albig seine Zustimmung zur Einstufung angekündigt, war dann jedoch von SPD-Landeschef Stegner angesichts der grünen Reaktion korrigiert worden. Die von der CDU-Fraktion lange geforderte Wohnortzuweisung wird von Innenminister Stefan Studt mittlerweile befürwortet. Auch diese lehnt allerdings der Grüne Koalitionspartner ab.

„Der Bundestag hat dieses von CDU und SPD auf Bundesebene vereinbarte Gesetz mit breiter Mehrheit beschlossen. Ministerpräsident Albig muss nun endlich einmal Vertragstreue beweisen“, forderte der CDU-Fraktionsvorsitzende Daniel Günther.

Albig und dessen Innenminister Stefan Studt beklagten sich bei jeder Gelegenheit über Unwägbarkeiten in der Flüchtlingspolitik. Bislang allerdings habe sich gerade die Schleswig-Holsteinische Landesregierung in der Einhaltung auf Bundesebene gefasster Beschlüsse als Wackelkandidat erwiesen.

„Auf Bundesebene gibt Albig den medialen Lautsprecher. Bislang aber hat er es noch nicht ein einziges Mal geschafft, mit dem Bund vereinbarte Asylkompromisse im Land umzusetzen. Eine bundesweit abgestimmte Flüchtlingspolitik ist mit SPD, Grünen und SSW in Schleswig-Holstein bislang nicht möglich“, so Günther.

Es sei notwendig, dass auch Schleswig-Holstein sich nun zur Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer bekenne.

„Die Anerkennungsquote von Asylbewerbern aus Tunesien liegt bei 0,0, aus Algerien bei 0,98

und aus Marokko bei 2,29 Prozent. Die überwiegende Zahl der Antragsteller reist also nachweislich mit nicht asylrelevanten Motiven nach Deutschland ein. Genau für diese Fälle wurde das Instrument der sicheren Herkunftsstaaten geschaffen“, so Günther.

Landeskabinett bringt 100-Euro-Gutschein für KiTa-Eltern auf den Weg Rathje-Hoffmann: Geld sollte besser für Betreuungszeiten ausgegeben werden

In dieser Woche hat das Landeskabinett den 100-Euro KiTa-Gutschein für Eltern auf den Weg gebracht. Im Wahljahr 2017 soll dieser das erste Mal ausgezahlt werden. Kostenpunkt für das erste Jahr: 23 Millionen Euro. Kombiniert wurde dies mit einer Verbesserung des Fachkräfteschlüssels in der Betreuung. Hier will die Regierung die CDU-Forderung nach einer Anhebung von bislang 1,5 für 20 Kinder erfüllen – bislang allerdings nur für Gruppen mit einer mehr als siebenstündigen Betreuung.

Die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Katja Rathje-Hoffmann, betonte, dies sei offensichtlich gemacht worden, um den Aufschrei aller Fachleute in Grenzen zu halten. „Besser wäre es, die Steuergelder für eine Stärkung der Ganztagsbetreuung, bessere Rahmenbedingungen in den KiTas und an Bedürfnissen der Eltern orientierten Öffnungszeiten statt für SPD-Wahlkampagnen auszugeben. Da gäbe es genug zu tun“.

Von dem 100-Euro Gutschein würden gerade einkommensschwache Familien nicht profitieren. „Die geltende Sozialstaffel sorgt dafür, dass Bedürftige schon jetzt von KiTa-Beiträgen entlastet werden. Mit dieser Maßnahme wird Steuergeld von unten nach oben verteilt. Wie das mit der Gerechtigkeitskampagne von Herrn Stegner zusammen passen soll, muss er selbst erklären“, so Rathje-Hoffmann.

Bei der Vorstellung ihres Jahresberichtes in dieser Woche äußerte auch die Bürgerbeauftragte des Landtages auf diesen Umstand hin.



Sozialpolitische Sprecherin Katja-Rathja Hoffmann

Weiterhin lange Wartezeiten bei Beihilfebearbeitung CDU: Umgang der Albig-Regierung mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist entlarvend

Nach der Berichterstattung der Kieler Nachrichten über weiterhin lange Bearbeitungszeiten bei Beihilfe-Anträgen, kritisierte der haushaltspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Tobias Koch, die Landesregierung. Derzeit müssten Beamte

und Beamtinnen mehr als einen Monat auf die Erstattung ihrer Krankheitskosten warten, da sich beim Dienstleistungszentrum Personal (DLZP) mehr als 30.000 Anträge stauen.

„SPD, Grüne und SSW sind genau so lange arbeitnehmerfreundlich, wie es nicht um Mitarbeiter der Landesregierung geht. Sonst hätten die Koalitionsfraktionen sich längst um die Probleme der Landesbediensteten gekümmert“, so Koch. Für Geringverdiener seien derart lange Zeiten schwer zu überbrücken.

Seit Jahren verspreche der Ministerpräsident Besserung für dieses Problem, über das bereits in den vergangenen Jahren immer wieder berichtet wurde. Das einzige, was passiere, seien immer neue Ausreden. Das Beihilfeproblem reihe sich nahtlos in den Umgang des Bildungsministeriums mit dem Lehrkräftenachwuchs, der Verschleppung der Rückzahlung der Vorgriffsstunden und den Umgang des Innenministeriums mit den Polizeibeamten ein.



Tobias Koch, finanzpolitischer Sprecher

Landesrechnungshof legt Bemerkungen zum Landshaushalt vor CDU: Planlosigkeit der Landesregierung verursacht Investitionsstau

Am Freitag dieser Woche gab der Landesrechnungshof mit den „Bemerkungen 2016“ seine aktuelle Bewertung der Haushaltspolitik der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung ab. Bemängelt wurde einmal mehr das fehlende Engagement beim Schulden- und Personalabbau.

Der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Tobias Koch, wies im Hinblick auf die veröffentlichten Bemerkungen auf die Diskrepanz in der Haushaltspolitik der Landesregierung hin:

„Wann immer es um zusätzliche Ausgaben geht, prescht die Albig-Regierung flott nach vorn. Neue Kostensenkungsmaßnahmen beschließen SPD, Grünen und SSW gar nicht erst. Und die Umsetzung bereits beschlossener Verwaltungsvereinfachungen fährt diese Regierung gegen die Wand. Das Ergebnis sind massive Ausgabensteigerungen, die sich bei der nächsten konjunkturellen Delle nicht mehr ausgleichen lassen werden“, erklärte Koch in Kiel.

Dieser ungebremste Anstieg der Ausgaben bei gleichzeitigem Verzicht auf Einsparungen sei die Ursache dafür, dass an den entscheidenden Stellen das Geld für Investitionen oder erforderliches zusätzliches Personal fehle.

„SPD, Grüne und SSW haben es versäumt, Kern- und Zukunftsaufgaben klar zu definieren und sich auf diese zu konzentrieren. Wer überall Geld ausgibt und nirgendwo einspart, der darf sich

nicht wundern, wenn die gravierenden Probleme bei Bau und Planung von Verkehrswegen, bei der Inneren Sicherheit und der Unterrichtsversorgung an den Schulen ungelöst bleiben“, kritisierte Koch.

Die Bemerkungen und die Pressemitteilung des Landesrechnungshofes finden Sie unter folgendem Link:

<http://www.landesrechnungshof-sh.de/de/77/bemerkungen-2016.html>

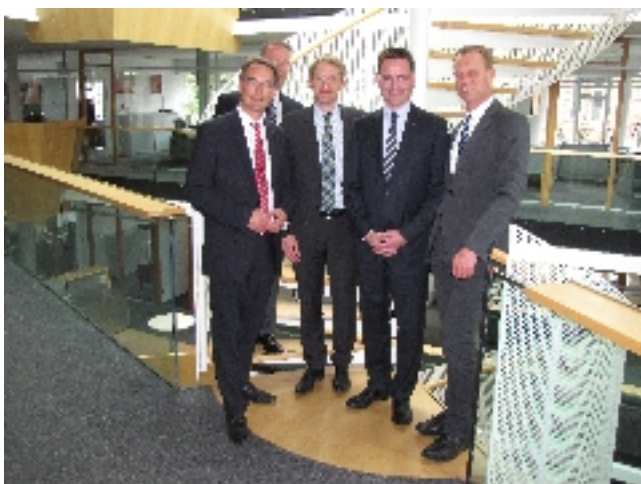
CDU-Fraktion fordert schnelleren Glasfaserausbau Gespräch mit Vertretern der IHK zu Kiel

In dieser Woche trafen Mitglieder des Fraktionsarbeitskreis Wirtschaft unter Leitung des Fraktionsvorsitzenden Daniel Günther mit Vertretern IHK zu Kiel zusammen. „Der Vorrang der privaten Leistungserbringung muss erhalten bleiben. Die CDU will einen fairen Wettbewerb zwischen Staat und Privatwirtschaft und mehr Investitionen sowie eine höhere Effizienz. Nur das sichert langfristig unseren Wohlstand“, forderte Günther im Anschluss an das Gespräch.

Dem Staat fehle die Selbstbeschränkung auf seine Kernaufgaben. Dies werde besonders am Gesetz zur Stärkung der Kommunalwirtschaft deutlich. Unter der derzeitigen Landesregierung gehe es immer mehr nur um staatlichen Einfluss.

Von Seiten der IHK zu Kiel haben am Gespräch Klaus-Hinrich Vater, Präsident der IHK Schleswig-Holstein, Jörg Orlemann, Hauptgeschäftsführer der IHK zu Kiel, Michael Legband (Pressesprecher), Dr. Martin Kruse (Leiter der Geschäftsbereiche Standortpolitik und Innovation und Umwelt) sowie Marcus Schween (Leiter des Geschäftsbereichs Recht und Steuern) teilgenommen. Schwerpunktthemen sei zur Zeit der stockende Ausbau der Infrastruktur, insbesondere der Straße,n sowie der fehlende Bürokratieabbau. Die Versorgung mit Breitband würde in der jetzigen Form nicht ausreichen, waren sich die Teilnehmer einig.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Johannes Callsen, bezeichnete das Ziel der Landesregierung, einen flächendeckenden Glasfaserstandard erst 2030 zu erreichen, als zu wenig ambitioniert. „Kein Unternehmen dieser Welt wird seine heutigen Investitionsentscheidungen an ein Versprechen in 15 Jahren binden. Die Weichen müssen dafür schon jetzt gestellt werden. Die Landesregierung muss endlich handeln, so Callsen.



Ingbert Liebing, Jörg Orlemann, Klaus-Hinrich Vater, Johannes Callsen (v.l)

CDU Kulturempfang im Ostholstein-Museum in Eutin Austausch der Abgeordneten mit Kulturschaffenden wird fortgesetzt

Kultur ist mehr als die Diskussion über Geld. Darin waren sich die rund 100 Gäste des diesjährigen Kulturforums der CDU-Landtagsfraktion einig.

Als Veranstaltungsort wurde das Ostholstein-Museum in Eutin gewählt. Hausherrin Dr. Julia Hümme und ihr Team erwiesen sich als hervorragende Gastgeber. In ihrer Begrüßungsrede gab die Leiterin des Ostholstein-Museums einen kurzen Einblick in dessen Arbeit und künftige Ausrichtung. Die Gäste nutzten neben der Gelegenheit zum Gedankenaustausch die Möglichkeit, im Vorfeld einen Abstecher über die Landesgartenschau 2016 zu unternehmen.

In ihren Grußworten betonten der Landesvorsitzende der CDU Schleswig-Holstein, Ingbert Liebing, und der Fraktionsvorsitzende Daniel Günther, wie wichtig und notwendig eine lebendige und vielfältige Kulturszene für das Land sei.

Der kulturpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Peter Sönnichsen, konnte auch in diesem Jahr hochkarätige Gäste aus dem Bereich Kultur zu einer kleinen Talkrunde begrüßen. Neben der Intendantin der Eutiner Festspiele, Dominique Caron und Geschäftsführerin Sabine Kuhnert, standen der Geschäftsführer der Kulturstiftung Ostholstein, Carsten Behnk und der Geschäftsführer der Landesgartenschau, Martin Klehs Rede und Antwort. Sie forderten die anwesenden Gäste darum auf, sich mit den Kulturschaffenden zu vernetzen und so neue Möglichkeiten für die Umsetzung von Kulturprojekten im Land zu schaffen.

Für die musikalische Untermalung und somit das kulturelle Highlight der Veranstaltung sorgten die Mitglieder des Ensembles der Eutiner Festspiele Christoph Woo (Bass-Bariton), Katharina Kühn (Sopran) und Doris Vetter (Klavier). Doris Vetter wird bei den 66. Eutiner Festspielen die Chorleitung des Eutiner Festspielchores übernehmen. Die drei Musiker begeisterten die Gäste mit Arien unter anderem aus „Don Giovanni“ und „der Vogelhändler“ und machten mit ihrer Darbietung neugierig auf mehr.



Christoph Woo und Katharina Kühn

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de